

## **Präambel**

Im Wissen um unser kulturelles Erbe und in Sorge um die politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen der Gegenwart in Thüringen und ganz Deutschland, treten wir als mündige Staatsbürger, als direktdemokratische Volkspartei (DVP) in die Öffentlichkeit, um unser in der friedlichen Revolution von 1989 wiedererstandenes, gemeinsames Deutschland, neu zu gestalten. Unser Selbstverständnis fußt auf der Verteidigung des Rechtes auf Meinungsfreiheit, wie es in Artikel 5 des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland sowie in Artikel 11 der Verfassung des Freistaates Thüringen niedergelegt ist. Die Meinungsfreiheit ist das Fundament, auf dem die Demokratie und der Rechtsstaat ruhen. Sie darf nicht eingeschränkt oder durch die Meinungsmonopole und angeblichen Qualitätsmedien

der sogenannten Politischen Korrektheit ausgehöhlt werden. Wir treten ein für ein direktdemokratisches Deutschland nach Schweizer Vorbild. In der direkten Demokratie geht alle Staatsgewalt vom Volke aus. Das besagt das Prinzip der Volkssouveränität, dem wir uns in besonderem Maße verpflichtet fühlen. Die gewählten Politiker haben die Aufgabe, dem Volk zu dienen und seinen Willen zu verwirklichen. Ein Hauptaugenmerk unserer Partei liegt hierbei in der Einführung von Volksentscheiden.

**1. Wir sagen ja**, zur Einführung direkter Demokratie durch dreistufige Volksgesetzgebung. Ergänzung der parlamentarischen Demokratie durch Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid. Als letzte Instanz die Anwendung des Volksveto. Schaffung einer Infrastruktur zur direkten Demokratie. Unsere Partei plädiert für die Einführung von Schiedsgerichten, sowie die Verringerung der Verwaltungsorgane. Schrittweise Einführung der Internetwahl, in Form eines virtuellen Wahlgangs.

**2. Wir sagen ja**, zu sozialer Gerechtigkeit dem Volk gegenüber. Konsequente Einführung von Chancengleichheit, Familiengerechtigkeit, Leistungsgerechtigkeit, Generationengerechtigkeit und Verteilungsgerechtigkeit. Fairen und gerechten Zugang zu sozialen Gütern und Positionen für jeden Bürger. Leistungsgerechte Entlohnung jedes Arbeitnehmers. Zielgerichtete Berufsförderung, sowie eine Reformation der Vergütungssätze, in der Alten,- und Gesundheitspflege. Sozial gerechte Anpassung, von Arbeitslosengeld 2 .Anhebung von Kindergeld und Abschaffung der Gebühren von Kindertagesstätten. Wir fordern eine verbesserte Inklusion, von Menschen, mit körperlichen und geistigen Einschränkungen. Wir sagen nein, zur Anrechnung, von staatlichem Kindergeld auf die Grundsicherungsleistungen.

**3. Wir sagen ja**, zur Stärkung des deutschen Mittelstandes. Steuerentlastungen für mittelständische Unternehmen. Verringerung der Lohnnebenkosten. Verstärkte staatliche Förderung der Arbeitsbeschaffung bei klein,- und mittelständischen Unternehmen. Unsere Partei fordert eine standortbezogene Gewerbesteuer, als Grundvoraussetzung einer starken inneren Wirtschaft. Transparente Auftragsvergabe öffentlicher Träger. Staatliche

Förderung von Aufstiegsfortbildung, in Handwerk (zum Beispiel Meisterbrief), Industrie und Handel. Förderung innovativer Ideen durch einen erleichterten Finanzierungszugang. Keine neuen oder höheren Steuern und Abgaben für mittelständische Unternehmen.

**4. Wir sagen ja**, zu Natur & Tierschutz. Stärkung der nachhaltigen Forstwirtschaft. Verschärfung der Tierschutzgesetze. Strengere Überwachung der Massentierhaltung und verstärkter Schutz wirbelloser Tiere. Verstärkter Kampf gegen Wilderei sowie illegalen Handel mit Wildtieren. Besserer Schutz unserer heimischen Vogelwelt. Konsequenter Schutz von Naturreservaten vor Raubbau. Verstärkter Schutz alter Haustierrassen und Kulturpflanzen. Verbesserte Kennzeichnung von gentechnisch veränderten Lebensmitteln zum Schutz der Verbraucher. Ja zu erneuerbaren Energien. Staatliche Förderung und Planungssicherheit erneuerbarer Energien. Stärkere Förderung innovativer Projekte.

**5. Wir sagen ja**, zur Neutralität unseres Landes. Wir fordern die Überprüfung bestehender Verträge auf kontemporäre Gültigkeit. Keine Einflussnahme ausländischer Staaten auf deutsche Innenpolitik. Stärkung unabhängiger Spionage-, und Terrorabwehr. NATO Austritt, wegen grundsätzlicher Übertretungen der Bestimmungen des NATO Vertrages. Nein zu TTIP und CETA. Nein zur weiteren Amerikanisierung unseres Landes.

**6. Wir sagen ja**, zu Europa, nein zum EU-Diktat. Prüfung von EU- Gesetzmäßigkeiten auf nationale Umsetzbarkeit. Bewahrung nationaler Besonderheiten. Schaffung einer einheitlichen europäischen Amtssprache.

**7. Wir sagen ja**, zu kontrollierter Einwanderungspolitik. Direkte Abschiebung krimineller Ausländer.

Verschärfung der Einwanderungsgesetze nach Modellen anderer Staaten ( Schweiz, USA, Südafrika ). Ja zu humanitärer Asylpolitik – Nein zu Wirtschaftsflüchtlingen. Verbesserung der Integration legaler Einwanderer. Nein zur doppelten Staatsbürgerschaft, wegen der Gefahr von Loyalitätskonflikten.

**8. Wir sagen ja**, zu Trennung von Staat und Religion. Keine Einflussnahme von Religion und Kirche auf das öffentliche Leben von Menschen in unserer Gesellschaft. Keine Einflussnahme von Religion und Lobbyismus auf Politik und Verwaltung. Glaubensfrage ist als reine Privatsache zu betrachten. Einführung des realen Laizismus.

**9. Wir sagen ja**, zum freien Wort als höchstes Gut. Schutz der uneingeschränkten Meinungsfreiheit in Wort und Schrift nach Artikel 5 des Grundgesetzes.

**10. Wir sagen ja**, zur Verbesserung der Familien,- und Bildungspolitik. Wir fordern ein bundeseinheitliches Bildungssystem, sowie eine Beseitigung des Lehrkräftemangels. Rechtsanspruch und Rechtspflicht auf einen Schulabschluss. Verbesserte Förderung sozial schwächerer sowie hochbegabter Schüler. Drastische Anhebung des Kindergeldbetrages. Territorialer Ausbau der Kindertagesstätten und Ganztageseschulen, statt Betreuungsgeld und Ehegattensplitting. Erhöhung des Elterngeldes von jetzt 67% auf 80 % des letzten Nettoeinkommens. Stärkere Berücksichtigung der Kindererziehung bei

späteren Rentenzahlungen. Bessere Regelungen zu flexiblen Arbeitszeiten für berufstätige Eltern mit kleinen Kindern. Stärkere steuerliche Entlastung von Eltern.

**11. Wir sagen ja**, zur gesetzlichen Sicherung der Renten, durch den Staat. Zweckgebundene Verwendung der Rentenbeiträge. Stärkere dynamische Anpassung der Renten, Gesetzlicher Stopp der Altersarmut, durch die Einführung einer Mindestrente in sozial notwendiger Höhe. Senkung des Rentenalters auf 65 Jahre. Verbesserung der Vorsorgesysteme für Selbständige.

**12. Wir sagen ja**, zur Verbesserung der Infrastruktur in ländlichen Gebieten. Verstärkter Ausbau der lokalen Daseinsfürsorge (öffentlicher Nahverkehr, Internet, Arztpraxen in ländlichen Gebieten, flächendeckende Versorgung mit einem medizinischem Notdienst).

**13. Wir sagen ja**, zur Verschärfung des Strafrechts. Konsequente, zeitnahe, gerichtliche Strafverfolgung. Anhebung des Strafmaßes für Sexualstraftäter. Bewährungsstrafe nur bei geleistetem Schadensausgleich. Verhältnismäßigkeit von Strafen sind genauer zu prüfen. Strukturelle Modernisierung und Stärkung des Polizeiapparates mit qualifizierten Fachkräften.

**14. Wir sagen ja**, zur Bewahrung regionaler Volkskultur und Stärkung des Breitensports. Stärkung der Brauchtumpflege und Volkskultur. Erhalt alter Gewerke und Traditionen. Förderung benachteiligter Sportarten. Gerechtere Verteilung staatlicher Zuschüsse in kulturellen Bereichen. Stärkere Förderung, weniger verbreiteter künstlerischer Richtungen.

**15. Wir sagen nein**, zu jeglicher Form von Extremismus und Gewalt.